

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3485

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3485



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Nein zum Ansinnen der «Asylindustrie»

Zehntausend Afghanen – oder «dörfs es bitzeli meh sii»?

Von Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli AG

Die Linken, die Grünen, die Halblinken und Amnesty International überschlagen sich mit Forderungen für die sofortige Aufnahme von mindestens zehntausend Afghanen in die Schweiz.

In den Augen von Sozialisten à la Molina hat jeder Afghane das Recht, in die Schweiz zu migrieren. Okay, es sind ja auch nur 38 Millionen – da wird sich schon ein Plätzchen finden ... Und gleichzeitig soll den sich hier oft zu Unrecht und ohne jeden ernsthaften Asylgrund aufhaltenden Afghanen gleich das dauerhafte Aufenthaltsrecht und der Familiennachzug gewährt werden. Den Schweizerpass gibt's ja dann ein paar Jahre später automatisch ...

Natürlich ist die Situation in Afghanistan spätestens seit der Machtübernahme durch die Taliban höchst unangenehm und gefährlich. Allerdings haben die Afghanen ihr Land den Taliban offensichtlich kampflos überlassen. Aber Achtung: Wer wirklich an Leib und Leben gefährdet ist, flieht nicht in sein Wunschland, sondern muss im Nachbarland Zuflucht finden. Und schon gar nicht darf die Schweiz diese Leute direkt in unser Land holen – die EU notabene auch nicht! Der Pull-Effekt wäre allzu gross – und gerade, weil bereits über 17'000 Afghanen ständig in der Schweiz leben (und sich zusätzlich 12'000 im Asylprozess befinden) dürfen wir keineswegs die Schleusen noch weiter öffnen.

Und nur am Rande sei bemerkt, dass sich zum Beispiel auf dem Transportflieger der USA praktisch ausschliesslich junge, dynamische Männer befanden! Frauen und Kinder werden offensichtlich skrupellos zurückgelassen – oder man scheint sich auf Molina und Co. zu verlassen, welche dann den Familiennachzug schon fordern werden ...

Keine Solidarität durch islamische Länder?

Brüderlichkeit, Barmherzigkeit scheinen in der arabischen, islamischen Welt nicht gerade gross geschrieben zu werden. Man ist zwar solidarisch, wenn es um die Verteidigung des Islams, ja sogar des Islamismus geht – aber dann hört die Solidarität auf. Es gibt in den reichen Golfstaaten keine Sozialsysteme nach europäischem Vorbild. Die Golfstaaten handeln restriktiv nach dem Grundsatz, wer als Ausländer seinen Job verliert, der muss das Land verlassen. Und so will man die Glaubensbrüder lieber fern – wenn möglich sogar sehr fern halten.

Hilfe vor Ort – aber richtig

Das einzig Richtige ist die Hilfe vor Ort. Wenn immer möglich direkt im betroffenen Land – sonst im unmittelbaren Nachbarland. Und ja, dort soll und muss die Schweiz auch helfen – und zwar schnell, unbürokratisch und effizient. Es müssen Camps mit kompletter Infrastruktur beschafft und aufgestellt werden. Nahrungsmittel, Decken, Güter des täglichen Bedarfs und auch die Ent- und Versorgung von und mit Wasser muss sichergestellt werden.

Der Schreibende hat selbst mehrere von der UNO installierte Camps gesehen. Diese sind allesamt unwürdig und nicht auf einen längeren Aufenthalt ausgelegt. Hier kann die Expertise der Schweiz gute Dienste leisten!

Explodierende Sozialkosten

Die nicht aus unserem Kulturkreis stammenden Afghanen sind erfahrungsgemäss nur sehr schwer zu integrieren. Wenn man nun davon ausgeht, dass 80 Prozent der von den Linken geforderten zehntausend Afghanen nicht in den Arbeitsprozess integriert werden können und ganz bescheiden gerechnet ein Afghane die Schweiz im Schnitt mindestens fünfzigtausend Franken pro Jahr kosten wird – dann kommen wir auf direkte Kosten von 400'000'000 Franken – pro Jahr, wohlverstanden.

Aber auch an den Schulen explodieren mit der Aufnahme von nur wenigen afghanischen Kindern die Kosten. Heilpädagogen, Schulpsychologen, Sonderschullehrer, Schulsozialarbeiter und weitere Berufsgattungen der Sozialindustrie geben sich die Klinke in die Hand. Die Kosten sind dann wie auf der Richterskala: Nach oben offen ... Darin eingerechnet sind noch nicht die Kosten für die Sozialarbeiter, die Übersetzer, die Polizei, die Justizbehörden, im Gesundheitswesen und weiteren Bereichen. Nicht zu vergessen: Alleine die im Jahr 2015 ins Land gelassenen Wirtschaftsflüchtlinge verursachen in den Gemeinden direkte Kosten von einer Milliarde Franken – jährlich wiederkehrend.

Cui bono – wem nützt es?

Was treibt denn linke Politiker dazu, solche Forderungen aufzustellen? Wie kommen Leute, welche angeblich nur das Beste für unser Land wollen, auf solch absurde Forderungen?

Doch wohl nur, um ihre Klientel mit weiteren Kunden zu versorgen und so in der sonst schon grassierenden Sozialindustrie wieder Tausende neuer Stellen zu schaffen. Und ja, man muss es offen sagen: Offensichtlich soll die Schweiz derart mit fremden Menschen geflutet werden, dass sie sich auflöst wie ein Stück Zucker im Wasser.

Konflikt-Import

Statt dankbar zu sein, dass sie in unserem Land Unterschlupf fanden, demonstrierten schon wenige Tage nach dem Fall des Regimes und der Machtübernahme durch die Talibans Afghanen auf dem Bundesplatz. Darunter

gab es durchaus auch solche, welche für die Talibans votierten und demonstrierten.

Wehret den Anfängen – denn sonst holen wir uns diesen Konflikt direkt in unser friedliches Land. Auch in den Golfstaaten äussert man offen die Befürchtung, dass die Aufnahme von Flüchtlingen zu sozialen Unruhen führen und die doch sehr fragilen Staatssysteme ins Wanken bringen könnte. Man macht sich dort schlicht massive Sorgen um eine Bedrohung der nationalen Sicherheit. Diese Sorgen sollte sich die Schweiz gewiss auch machen.

Andreas Glarner